

Nord Stream 2: Neuer Stress auf den letzten 300 Kilometern

Die USA sind immer noch die Nummer 1 auf diesem Planeten. Und weil das so ist, hat das schweizerisch-niederländische Unternehmen *Allseas* vor wenigen Stunden erklärt, dass es die Arbeiten am Bau der Pipeline *Nord Stream 2* bis auf Weiteres einstellt. Die Firma verlegte mit Hilfe ihrer Spezialeinheiten die Rohre für die Pipeline durch die Ostsee. Also, bis heute jedenfalls. Die Amerikaner drohen mit harten Sanktionen gegen die Firma, die viel Geld in den USA verdient. Sollten Konten eingefroren und Managern des Konzerns die Einreise verweigert werden, würde das *Allseas* hart treffen, ja seine Existenz bedrohen.

Damit wird es auf den letzten 300 (von 2.100) Kilometer des umstrittenen Projektes noch einmal spannend. In Moskau zeigt man demonstrativ Optimismus. *Nord Stream 2* soll ab 2020 unter Umgehung von Polen und der Ukraine Gas von Russland nach Deutschland transportieren. Die Vereinigten Staaten, aber auch viele europäische Länder, sehen das mit Unbehagen. Kein Mensch, der halbwegs bei Verstand ist, macht sich freiwillig abhängig von Putin. Außer natürlich die Regierung Merkel. Ob Huawei und 5G, ob *Nord Stream 2* – das Kanzleramt winkt alles durch ohne Rücksicht auf die Warnungen sämtlicher Sicherheitsdienste.

Was die Sache pikant macht, ist natürlich, dass die USA selbst in die Lücke springen möchten, die ein Scheitern von *Nord Stream 2* aufreißen würde. Stehen also wieder einmal ökonomische Interessen der Trump-Administration im Vordergrund statt strategische Sicherheitsüberlegungen? Leider kann man das auch in diesem Fall nicht ausschließen. Andererseits: Sich von einem Russland abhängig machen, das militärisch Grenzen auf diesem Kontinent verschiebt, dass Hackerattacken gegen die deutsche Regierung und das Parlament initiiert und sehr wahrscheinlich schuld an politischen Attentaten in London und zuletzt im Berliner Tiergarten ist? Im Leben nicht, wenn wir noch halbwegs bei Verstand sind!

Der Transatlantik-Koordinator der Bundesregierung, Peter Beyer, erklärte heute, Deutschland werde auf die Sanktionen der USA gegen *Allseas* nicht mit Gegenmaßnahmen reagieren, weil das ja ein Unternehmen und nicht Deutschland sei. Der CDU-Politiker weiter: „Deshalb wird Deutschland keine Gegenmaßnahmen einleiten. Wenn, müsste dies sowieso auf europäischer Ebene geschehen, aber auch das wird nicht passieren.“ Da stellt sich spontan die Frage: Warum eigentlich? Ist Deutschland noch ein souveräner Staat oder nicht?

Und was für Gegenmaßnahmen könnte denn Deutschland gegen die USA einleiten, um russische Interessen zu verteidigen? Allein der Gedanke ist lächerlich. Deutschland ist wirtschaftlich ein Gigant auf der Welt, hauptsächlich durch die Automobilindustrie, die gerade politisch gewollt beschädigt wird, und den Maschinenbau. Was haben wir sonst noch? Ach ja, wir könnten Heiko Maas, unsere Geheimwaffe, zum Weihnachtsfest nach Washington schicken, sofern gerade ein Flugzeug der Flugbereitschaft funktionsfähig ist. Das würde den Amis echt die Festlaune vermiesen...

Greta Thunbergs ICE-Fahrt durch Deutschland

Die schwedische Öko-Aktivistin Greta Thunberg hat auf ihrer Mission, das Klima beim Gipfel in Madrid und letztlich die Welt zu retten, Deutschland durchquert. Mit der Bahn. Natürlich.

Im Kurznachrichtendienst *Twitter* postete die Aktivistin öffentlichkeitswirksam ein Foto, dass die 16-Jährige mit einigen Gepäckstücken auf dem Boden eines Ganges im ICE zeigt. Die Botschaft: „Traveling on overcrowded trains through Germany.“ Auf Deutsch: Unterwegs in einem überfüllten Zug durch Deutschland. Das arme Kind, opfert sich auf für uns alle, rettet das Klima, und dann muss sie sogar auf dem Fußboden sitzen.

Das wollte die Deutsche Bahn AG nicht auf sich sitzen lassen, gelobte auf Twitter mehr Züge, Verbindungen und Sitzplätze zu schaffen. Und legte dann nach: *„Noch schöner wäre es gewesen, wenn Du zusätzlich auch berichtet hättest, wie freundlich und kompetent Du von unserem Team an Deinem Sitzplatz in der Ersten Klasse betreut worden bist.“* Chapeau! Hoffentlich ist der Mitarbeiter, der bei der Bahn für die aktuelle Betreuung der Sozialen Netzwerke verantwortlich ist, morgen noch dort beschäftigt. Viel Glück auch von dieser Stelle!

Inzwischen beschäftigen sich Tausende Menschen im Netz mit der Frage, ob Greta nur zeitweise auf dem Boden saß, weil zwei Wagen fehlten weil irgendwo ein Zug ausgefallen war Oder ob es einfach nur eine PR-Show für das Mädchen sein sollte, ersonnen von ihrer Crew oder was auch immer. Greta ist in aller Munde, das öffentliche Interesse rund um den Erdball immens. Inzwischen bewies sie auch noch einmal, dass sie in Sachen Öffentlichkeitsarbeit in der höchsten Liga spielt. Vorhin setzte sie folgenden Tweet ab: „Überfüllte Züge sind ein gutes Zeichen, denn das heißt, dass die Nachfrage nach Bahnreisen hoch ist!“ Was regt Ihr euch alle so auf - Gretl hats im Griff!

Nach der Schlacht ist vor der Schlacht: Lehren aus der Brexit-Wahl

Großbritannien wird die Europäische Union (EU) verlassen. Erstaunlich viele Menschen haben bis vor wenigen Tagen immer noch daran geglaubt, dass der Brexit irgendwie noch verhindert werden könnte. Mit dem erdrutschartigen Sieg des Konservativen Boris Johnson bei der Unterhauswahl sind die Zweifel

wirklich auch beim letzten EU-Fan zerstoßen. Das ist erstmal eine schlechte Nachricht für die deutschen Medien, die wie so oft statt nüchterner Berichterstattung ihrer Hoffnung Ausdruck verlieh, Johnson könne auf den letzten Metern noch abgefangen werden. Pustekuchen! Wie 2016 bei Trump hatten die (noch) meinungsführenden Medien in Deutschland Augen, um zu sehen, und Ohren, um zu hören. Aber sie wollten weder sehen noch hören und stehen nun wie häufig in jüngster Vergangenheit blamiert da.

Dumm aus der Wäsche schaut aber auch das internationale politische Establishment, in dem viele immer noch nicht für möglich halten, dass sie sich inmitten erratischer, wenn nicht revolutionärer, Veränderungen befinden, die unser politisches System bis ins Mark erschüttern können.

Bei Wahlen in den westlichen Demokratien haben in den vergangenen Jahren Millionen Wähler etablierter Parteien ihren Unmut deutlich zum Ausdruck gebracht. Denken Sie an Österreich und Italien! Denken Sie an die Erfolge (vereinzelt) linker und (vieler) rechter Populisten, denken Sie an die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten. Wir erleben seit drei, vier Jahren allerorten einen Aufstand gegen das Establishment, ein Abwenden von den lange respektierten, ja sogar verehrten Eliten. Und es hat gerade erst begonnen. Schauen Sie sich das Wahlverhalten in Ostdeutschland an! Als die Unzufriedenheit wuchs, wählten Ostdeutsche zunehmend wieder die SED-Nachfolger, weil sie damit größtmögliches Entsetzen beim politischen Establishment auslösen konnten. Inzwischen wechseln diese Wähler zu Hunderttausenden von der extrem linken SED/PDS/Linke direkt zur (dort vielfach) extrem rechten AfD. Ganz egal was, aber bloß nicht mehr die alten Eliten. Ein faszinierender politischer Prozess, aber auch ein gefährlicher.

Auch die etablierten Parteien in Deutschland sind vollkommen unfähig, angemessen auf die Herausforderungen zu reagieren und das Ruder herumzureißen. Vorbei an dem Themen, die die Bürger umtreiben und ängstigen, im Irrglauben, selbst noch entscheiden zu können, welche politischen Prozesse längst in Bewegung geraten sind.

Dieses Land war seit Gründung der Bundesrepublik ein Hort der Stabilität, langweilig aber sicher und wohlhabend. CDU/CSU, SPD und FDP haben daran zweifellos einen entscheidenden Anteil. Doch nun droht Ihnen die Deutungshoheit und damit die Macht zu entgleiten. Der Totalabsturz der SPD ist kein Grund zur Freude, wenn man es gut mit unserem Land meint. Aber er ist selbstverschuldet. Und die Führung der Union ist auf dem gleichen Weg und verweigert sich den Realitäten. Eine Mischung aus Ignoranz, Selbstverliebtheit und Arroganz gegenüber dem, was ihre Wähler erwarten. Erwartet haben.

Doch zurück zu dem konservativen Boris Johnson aus Downing Street No. 10, der wie in Deutschland zuletzt Gerhard Schröder um einer als richtig erkannten Sache alles auf eine Karte gesetzt hat. Was sagte Angela Merkel noch am Tag nach der schlimmsten Wahlniederlage ihrer Partei seit 1949? „Ich wüsste nicht, was ich hätte anders machen können.“ Später werden Historiker Bücher darüber schreiben, wie es möglich war, dass diese Frau die große Volkspartei Adenauers und Kohls übernehmen und deraußen in die falsche Richtung drehen konnte.

Großbritannien macht es vor, wie ein EU-Land aussteigen kann. Und Großbritannien ist wirtschaftlich stark, es wird auch weiter ein ökonomischer Riese bleiben. Gerade hat Donald Trump den Briten ein

Handelsabkommen mit der größten Wirtschaftsmacht auf diesem Planeten angeboten. Ökonomisch wird da nichts anbrennen, da bin ich sehr sicher. Und die Unzufriedenheit unter den osteuropäischen Mitgliedsländern der Gemeinschaft wächst von Tag zu Tag.

Die Probleme bei den Briten aber kommen aus dem Innern. Schon kündigt die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon einen formellen Antrag auf ein neues Referendum mit dem Ziel der Unabhängigkeit Schottlands an. Ihre *Schottische Nationalpartei* gewann bei der Parlamentswahl gerade 48 der 59 Parlamentssitze Schottlands. Sieht aus, als müsste Boris Johnson schon bald in eine neue große Schlacht ziehen....

Unterwegs im schönen Göttingen: Botanischer Garten und antifa

Ehrlich gesagt, ich wusste nicht einmal, wo Göttingen genau liegt, als mich die private Einladung in die niedersächsische Universitätsstadt erreichte. Göttingen? Was soll ich da? 120.000 Einwohner, davon 20.000 Studenten, die SPD dominierende Kraft in der Kommunalpolitik. Ich muss sagen, ich wurde mehr als positiv überrascht bei meinem ersten Besuch in dieser Stadt nach 60 Lebensjahren. Total freundliche Leute, ein großes Stadtfest mit Gute-Laune-Künstlern, eine stimmungsvolle Abendmesse in einer modernen Kirche, tolle Restaurants. Selbst der Botanische Garten hat seinen Reiz. Mein erster Besuch in Göttingen war überwältigend. Tolle Stadt, viel erlebt, alle Vorurteile in drei Tagen widerlegt.

An dieser Stelle hätte meine Geschichte mit Göttingen enden können. Doch tatsächlich und absolut zufällig bekam ich drei Wochen später eine Einladung zu einem *Bürgerlich-Konservativen Stammtisch* in...was soll ich sagen...Göttingen. Zufälle gibt es...meine Gastgeber waren wunderbare junge Leute, die meisten Studenten und Mitglieder der *WerteUnion*, der Basisbewegung in CDU und CSU, die vom Parteiestablishment in Berlin so gar nicht goutiert wird.

Bei diesem zweiten Besuch lernte ich die andere Seite dieser Stadt kennen, die beunruhigende. Als mir gesagt wurde, dass wir die Veranstaltung besser nicht öffentlich ankündigen sollten wegen antifa und so, kam mir das komisch vor, denn ich bin ja wirklich sowas von bürgerliche Mitte. Und der Abend verlief tatsächlich ruhig, das Publikum gut gemischt, anständiges Bier und offene Gespräche über die politische Lage in Deutschland.

Erst später nach dem offiziellen Teil, als wir uns einen langen Tisch in einer Pizzeria ergattert hatten und noch mit einem Dutzend Leuten begannen, über Göttingen zu plaudern, begriff ich, wo ich hier war. Die Studenten erzählten vom linken Meinungsterror an der Georg-August-Universität, wo man als

„Bürgerlicher“ lieber mit seiner Meinung zurückhaltend sein sollte. Und von der ausgefallenen Lesung mit dem früheren Innenminister Thomas de Maizière in Göttingen, der nicht sprechen konnte, weil linke „antifa“-Aktivisten die Zugänge blockierten, so dass 300 Interessierte und der Politiker wieder nach Hause abziehen mussten.

Sie erzählten von Straßenzügen, durch die wir um diese Zeit besser nicht mehr gehen sollten, weil da besetzte Häuser seien, die inzwischen von der Stadt mit dem Geld der Steuerzahler renoviert und für eine Spottmiete zur Verfügung gestellt worden seien. Und von Linksradi kalen, die sich ausgerechnet hier, wo Jürgen Trittin seinen Wahlkreis hatte, auf ihre aktive Rolle bei den G20-Krawallen in Hamburg im Jahr 2017 vorbereiteten. Schon bei meinem ersten Besuch war mir aufgefallen, dass an einem Haus eine Fahne der Grünen mit dem Logo der linksextremistischen „antifa“ flatterte. Berührungsängste gibt es hier nicht wenn man auf der richtigen Seite steht. Und die antifa hat sogar einen Sitz im Stadtrat, nachdem sie im Jahr 2016 immerhin 2,4 Prozent erzielte.

Im vergangenen Jahr erst war ein 24-jähriger V-Mann des Verfassungsschutzes in Göttingen aufgefl ogen, was bundesweit Wellen schlug. Immerhin kümmert sich der Verfassungsschutz hier auch um Linksradi kale - eine gute Nachricht. Und so verging der Abend wie im Fluge mit Geschichten über die örtliche Tageszeitung, die grundsätzlich nicht die Herkunft von Tätern von Gewaltverbrechen nennt, von Mitgliedern des Stadtrates, die von der „antifa“ bedroht würden, wenn sie Mittel für linksextreme Projekte kürzen wollten von Buttersäue-Anschlägen und so weiter und so weiter. Nicht in Kreuzberg oder im Hamburger Schanzenviertel, sondern....in Göttingen.

„Hey, wir sind in Deutschland, hier ist Rechtsstaat“, wagte ich irgendwann naiv einzuwenden. Einer aus der Runde erwiderte: „In Göttingen nicht....“ Und dann ein kurzes, bitteres Lachen am Tisch....

AfD-Bundesparteitag: Kandidatenkarussell ohne entscheidende Machtverschiebungen

Der Bundesparteitag der AfD am Wochenende in Braunschweig hat nicht für die großen Schlagzeilen gesorgt und war dennoch höchst aufschlussreich für Beobachter, die sich für das Innenleben dieser Partei interessieren. Selbst gemäßigte Kandidaten, die bei Wahlen unterlegen sind, wollten nicht von einem „Rechtsruck“ sprechen oder von einem steigenden Einfluß des völkischen-nationalistischen Flügels. Und das, obwohl Exponenten des realpolitischen Teils der Partei wie Georg Pazderski aus Berlin, Uwe Junge aus Rheinland-Pfalz und Dana Guth aus Niedersachsen bei den Delegierten durchfielen.

Beatrix von Storch schaffte es als dritte stellvertretende Bundesvorsitzende nur knapp wieder ins Leitungsgremium, Flügel-Frontmann Andreas Kalbitz ist wieder drin, gewann gegen Kay Gottschalk, der jüngst zu 100 AfD-Politikern gehörte, die einen Appell gegen Rechtsaußen Björn Höcke unterzeichnet

hatten. Nach der Niederlage trat Gottschalk noch einmal zur Wahl an. Und verlor dann erneut gegen Flügel-Mann Stephan Protschka.

Dennoch ist nicht erkennbar, dass der Flügel die Partei im Griff hat. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesvorstand haben sich nicht entscheidend verschoben. Bundessprecher Jörg Meuthen und Gaulands Kandidat Tino Chrupalla stehen an der Spitze der Partei, beide erscheinen großer Rechtslastigkeit unverdächtig. Pazderski ist raus, aber mit dem Hamburger Alexander Wolf ist nun ein neuer Realpolitiker eingezogen. So what?

Der AfD-Parteitag verlief erstmals strukturiert und sachlich, ohne Chaos wie früher, so wie halt bei anderen etablierten Parteien auch. Das wird Manche beim Flügel beunruhigen, die auf keinen Fall wollen, dass die AfD auch so wird wie die anderen. So eine „Systempartei“ eben...

Laut wurde es nur einmal, als der erklärte Antisemit Wolfgang Gedeon als Kandidat für den ersten Bundessprecher ans Rednerpult trat. Laute Pfiffe und Buhrufe begleiteten den gespenstigen Auftritt, viele Delegierte drehten ihm den Rücken zu oder zeigten Rote Karten. Einer stellte die Frage, die sich geradezu aufdrängte, an Gedeon: „Schämen Sie sich nicht?“ Wahrscheinlich schämt er sich nicht. Immerhin 22 Delegierte stimmten dennoch für Gedeon, über den Tino Chrupalla, der neue Mann in der Doppelspitze, hinterher sagte, er werde dafür sorgen, dass der nie wieder auf einem Bundesparteitag der AfD sprechen könne.

Die CDU klatscht Beifall und pfeift im Walde: Aber die Hoffnung sinkt

Im Grunde hätte man den Bundesparteitag der CDU schon gut eine Minute nach der Eröffnung verlassen können. Denn da erhoben sich die meisten der 1.000 Delegierten von ihren Plätzen, um Bundeskanzlerin Angela Merkel lautstark zu feiern. Da wurde schlagartig deutlich, dass die Realitätsverweigerung der einstigen Volkspartei der Mitte zumindest bei den führenden Köpfen der Union Adenauers und Kohls ungerührt anhält.

Selbst wenn man versteht, dass ein solcher Parteitag auch eine optimistische Heerschar zeigen soll, die vor einem großen Wählerpublikum demonstriert, dass man durch Dick und Dünn zusammenhält, kann dieses Theater nur noch heftiges Kopfschütteln hervorrufen. Diese Politikerin aus der Uckermark, die ich selbst aus Überzeugung zwei Mal gewählt habe, ist eine Katastrophe. Sowohl für die Partei, die sie in den Jahren als Vorsitzende auf beispiellose Art heruntergewirtschaftet hat, als auch für unser Land, das mit Merkels persönlicher Entscheidung im Herbst 2015, die Grenzen für 1,5 Millionen Menschen aus dem islamischen Kulturkreis zu öffnen, noch auf viele Jahre massive Probleme unterschiedlichster Art zu bewältigen haben wird. Mitglieder und Wähler der Union verlassen die einst so stolze

christdemokratische Partei in Scharen, seit Frau Merkel mit ihrem CDU-Vernichtungsprogramm begonnen hat. Historiker werden später Bücher darber schreiben, wie es möglich war, das all das geschehen konnte, ohne dass die Union diesem gruseligen Spuk ein Ende bereitet hat. Doch sie klatschen in Leipzig.....

Annegret Kramp-Karrenbauer kann man keinen Vorwurf machen. Angeschlagen nach mehreren Wahlschlägen ihrer Partei hielt sie eine solide Rede, beschwor die Einheit der Partei und rief zu offener Diskussion auf. Das kam gut an beim Parteivolk. Aber dann schon Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier, der seinen Parteifreunden in der Aussprache allen Ernstes empfahl, die Union müsse wieder „fröhlicher daherkommen“. Nicht zu fassen....

Ich habe mir viele Redebeiträge angeschaut und angehört. So weit ich feststellen konnte, war Gesundheitsminister Jens Spahn der Einzige überhaupt, der das Thema der Massenzuwanderung zumindest erwähnte, das der Hauptgrund für den rasanten Niedergang der CDU ist. Carsten Linnemann von der Mittelstandsvereinigung (MIT) und Tilman Kuban von der Jungen Union (JU) fielen durch starke Diskussionsbeiträge auf. Letzterer stellte klar, dass nicht nur die AfD kein Partner sein könne, sondern auch die Linke nicht. Und dann Friedrich Merz.

Beim Wahlparteitag vor einem Jahr in Hamburg knapp an 18 fehlenden Stimmen gescheitert, hatte der Sauerländer einen guten Tag erwischt. Seine Rede, rhetorisch stark, hatte alles, was ein Mann an so eine Tag sagen sollte, der noch Großes vorhat. Loyalität gegenüber der Vorsitzenden, Angriff auf Sozis und Grüne, Bekenntnis zur Marktwirtschaft, Bereitschaft, sich einzubringen. Dafür gab es viel Applaus im Saal - außer von den Damen der Frauen Union (FU), neben dem siechen Arbeitnehmerflügel CDA Merkels treueste Fans. Auffallend viele Frauen im Saal saßen dort nach der Rede von Merz demonstrativ mit verschränkten Armen und rührten keine Hand zum Beifall. Natürlich nur ein Zufall.

Während Merz beifallumrauscht auf seinen Platz unter den Delegierten zumarschierte,, folgte der Auftritt der öffentlich-rechtlichen Grundversorger. Eine Reporterin mit Mikro kündigte an, sie werde sich jetzt mal unter die hessischen Delegierten mischen und ein Stimmungsbild der Basis zur Merzrede einholen. Ihr erster Gesprächspartner.....zufällig natürlich.....Peter Tauber, Staatssekretär und Parteilinksaußen, der zuletzt weniger durch sachorientierte Politik als durch billige Attacken gegen die zunehmend erfolgreiche konservative Basisbewegung *WerteUnion* auffällt. Tauber kann nur deshalb nicht den Titel als erfolglosester CDU-Generalsekretär aller Zeiten für sich reklamieren, weil es ja auch noch Ruprecht Polenz aus Münster gibt. Der Pensionär vertreibt sich heute den Ruhestand durch rüde Attacken gegen jede und jeden, die den linksgrünen Kurs der Kanzlerin nicht mitmachen wollen. Schön, wenn ältere Leutchen etwas Sinnvolles zu tun haben. Peter Tauber war zufrieden mit Merz, behauptete er jedenfalls, weil der sich zurückhaltend verhalten habe...

Aus dem ICE nach Hause rief mich ein Delegierter am späten Nachmittag an. Wie ich auch seit Jahrzehnten Mitglied und ein guter Freund fasste er zusammen: „Das war überhaupt nichts. Keine offene Diskussion, keine klare Analyse, nur Rumgeeiere.“ Er hatte aus Leipzig spontan seine Frau angerufen und sich auf den Weg zu einem Abend mit der eigenen Familie begeben. Wenigstens das hätte den

Spitzen der alten CDU gefallen, als Familie in Deutschland noch mehr war als ein „soziales Konstrukt“.

Ausholen zum letzten Schlag: Der Staat greift nach dem natürlichen Elternrecht

Die Familie, das ist der letzte Rückzugsort, die letzte Bastion gegen jede Widrigkeit. Jedenfalls sollte es so sein. Und ja, ich weiß, in vielen Familien gibt es auch heute die Heile Welt nicht mehr, und das nicht nur bei Erbstreitigkeiten. Dennoch: Die Familie, die wahre Keimzelle einer Gesellschaft, das war und ist für viele Menschen der Ort unbedingter Vertrautheit, da wo man unbedingt zusammenhält und ein offenes Wort sprechen kann. Daran ändert grundsätzlich auch nichts, dass es in den Jahren der Nazi-Barbarei und später der SED-Diktatur viele Fälle gegeben hat, wo Menschen verraten wurden von eigenen Familienangehörigen – oft mit schlimmsten Konsequenzen.

Und jeder Vergleich, unsere Gesellschaft mit diktatorischen Systemen wie der Nazizeit oder der SED-Diktatur verbietet sich sowieso, auch wenn solche Vergleiche in manchen Kreisen in Mode gekommen sind.

Heute müssen wir uns nicht mit einer Kerze in den Keller zurückziehen, wenn wir offen miteinander sprechen wollen. Aber die Gefahr, dass die Grundstrukturen unseres Landes radikal umgebaut werden durch den Generalangriff linksgrüner Ideologen ist so real wie nie zuvor. Sie alle erinnern sich an die Aussage des SPD-Politikers Olaf Scholz: „Wir wollen die Lufthoheit über unseren Kinderbetten erobern!“ Der Mann gilt heute als Hoffnungsträger einer (stark schrumpfenden) Regierungspartei. Und die Art, wie solche Leute denken, ist zufieftst furchteinflößend. Bei den Kindern fängt man an, weil sie leicht zu beeinflussen und verführbar sind. Denken sie an die „Greta“-Kampagne, wo man sich als einigermaßen selbständig denkender Staatsbürger nur noch an den Kopf fassen kann. Und unsere Bundeskanzlerin outet sich als Greta-Fan. Man möchte lachen, wenn es nicht so gefährlich wäre.

Im Grunde erleben wir diese Strategie seit Jahren, die leider mit der CDU-Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen begonnen hat, die die weitgehende Verstaatlichung der Kindererziehung von ihrer SPD-Amtsvorgängerin übernommen und perfektioniert hat. Wenn Mütter sich frei entschieden, in den ersten Jahren selbst für die Erziehung und liebevolle Betreuung ihrer Kinder zu sorgen, wurden sie als „vergeudetes Potential“ (Merkel) oder „Heimchen am Herd“ öffentlich geschmäht. Von Roten und Grünen, aber auch von der Damenriege an der Spitze der Union. Inzwischen hat die perfide Strategie zum Umbau deutlich an Fahrt gewonnen. Und es wird angegriffen von allen Seiten. Die Schwachsinn-Ideologie des *Gender Mainstreamings* gehört ebenso dazu wie die *Frühsexualisierung* von Kleinkindern selbst in den Kitas. Die Gleichstellung anderer Lebensgemeinschaften mit der traditionellen Ehe von Mann und Frau gehört dazu, nicht nur in Bezug auf die sogenannte „Homo-Ehe“, sondern wie die linksgrünen Ideologen das so nett formulieren „da wo Menschen zusammenleben und füreinander

Verantwortung übernehmen“. Also studentische Wohngemeinschaften oder auch Häftlinge in einer Knastzelle – alles jetzt Familie.... Beliebig, nichts besonderes....und brandgefährlich.

Nun also Kinderrechte ins Grundgesetz, der finale Schlag wird vorbereitet. Was kann man denn dagegen haben, dass Kinderrechte in die Verfassung aufgenommen werden, fragen Sie sich nun vielleicht? Auf den ersten Blick nichts. Auf den zweiten Blick wird klar, wie perfide mit diesem einzigen Schlag das natürliche Recht der Eltern ausgehebelt werden soll, das unsere Verfassung bisher garantiert. Anders formuliert: Das bisher uneingeschränkte Recht der Eltern, über die Entwicklung der Persönlichkeit ihres Kindes selbst zu entscheiden, heißt nun “die Entwicklung zur Persönlichkeit“ des Kindes solle mit Hilfe der „sozialen Gemeinschaft“ stattfinden. Ein Kollektiv, das nicht greifbar ist, das keinesfalls den Erziehungsauftrag des Artikels 6 GG erfüllen kann. Dass Familie der Ort ist, wo Kinder die Basis für eine solide emotionale Reife und soziale Kompetenz lernen können, wird nicht einmal mehr erwähnt. Der Staat übernimmt die Erziehung der Kinder als letztgültige Instanz, die Eltern werden ihres natürlichen Rechtes beraubt.

Wenn das nicht ein Grund ist, endlich vom Sofa aufzustehen und entschieden Widerstand gegen diese Pläne zu leisten, dann weiß ich auch nicht mehr weiter.

Gegendert bei Disney: Helfen Sie mit, Widerstand zu leisten!

Wie viele schöne Stunden haben Sie und ihre Kinder schon mit den wunderbaren Filmen und in den herrlichen Vergnügungsparks von Walt Disney verbracht? Oder in den Disney-Comics geschmökert oder ein Musical aus der amerikanischen Heile-Welt-Schmiede besucht, die seit Jahrzehnten Hunderte Millionen wenn nicht Milliarden Menschen auf der ganzen Welt verzückt? Ich persönlich mag am liebsten „Aladdin“, aber auch „Arielle, die Meerjungfrau“ habe ich mit unseren Kindern wohl zehn Mal gesehen, nicht minder den „König der Löwen“. Oder das Musical von der „Schönen und das Biest“ – wirklich bezaubernd. Heile Welt, das können die Amis einfach.

Nun scheint auch das vorbei zu sein. Die radikale Agenda der sogenannten LGBT-Community greift nun auch nach dieser einzigartigen kulturelle Oase für Familien.

Im Disney Land Paris fand jüngst eine sogenannte „Pride-Parade“ für „Queere“ und Homosexuelle statt, die man dort „Magische Pride-Parade“ nennt. Den kleinen Kindern, die mir strahlenden Augen durch diese Parks laufen auf der Suche nach all den bekannten Figuren und den Attraktionen, sollen jetzt im Sinne der Genderideologen zum neuen Menschen umerzogen werden. Es soll ihnen spielerisch vermittelt werden,

dass es nicht nur Geschlechter gibt und dass auch ihre Familie nur irgendein beliebiges soziales Konstrukt unter vielen anderen denkbaren Verbindungen ist.

Wenn schon die etablierte Politik nichts unternimmt, von bürgerlichen Kräften mag man gar nicht mehr sprechen, die sich um die Familien kümmern, so gibt es wenigstens Freunde, die etwas tun, so das Team von „Citizen GO“ einer christlichen Stiftung, die europaweit eine Internet-Petition gestartet. Am 20. November wollen sie Robert A. Iger, dem CEO und Präsidenten des Walt Disney-Konzerns, eine Petition übergeben, in der sie nachdrücklich darauf hinweisen, wer ihre Kunden und Gäste sind und dass sie es ablehnen, ihre Kinder in den Disney Parks einer Gehirnwäsche unterziehen zu lassen.

Gerade jetzt haben LGBT-Aktivistinnen die Forderung erhoben, „Prinzessin Elsa“, Hauptfigur des beliebten Films *„Die Eisprinzessin“*, lesbisch werden zu lassen. Toleranz gegenüber anderen Lebensweisen sollte für uns alle selbstverständlich sein. Aber ideologischer Gehirnwäsche an unseren Kindern muss jeder entschieden entgegentreten, der will, dass unser Land und unsere Gesellschaft auch in einigen Jahren noch erkennbar sein wird.

Falls Sie den Widerstand gegen den gefährlichen Gender-Unfug unterstützen möchten, zeichnen Sie bitte **JETZT** diese [Petition](#)

Jesus und seine zwölf Jünger hätten bei Olaf Scholz keine Chance auf Gemeinnützigkeit

Es ist 25 Jahre her, als ich zu einem Vortrag bei einer weiblichen Studentenverbindung in Tübingen zu einem Vortrag eingeladen wurde. Ich weiß nicht, ob die 25 erfrischenden jungen Damen damals vom Finanzamt des Status „gemeinnützig“ hatten, aber ich nehme es an, denn viele Aktivitäten solcher Organisationen werden ja über Spenden und Beiträge überhaupt erst möglich.

Unser famoser Bundesfinanzminister Olaf Scholz, der ja ein Hoffnungsträger seiner SPD sein soll (arme Sozialdemokraten!), will nun Vereinen, die ausschließlich Männer aufnehmen, die Gemeinnützigkeit entziehen, was für manche bedeutet, dass man ihnen den Boden unter den Füßen wegzieht. Schützenvereine, Burschenschaften, Männergesangsvereine – unerwünscht im modernen Deutschland der ach so bunten Vielfalt.

Ich gehöre seit fast 30 Jahren einem christlichen Laienorden an, der sich auf die Tradition der Tempel von 1119 bezieht. Und die Kreuzfahrer jener Zeit waren nun einmal Männer – so wie die zwölf Apostel, die Jesus Christus vor über 2000 Jahren um sich versammelte.

Die sogenannten progressiven Kräfte in der deutschen Politik betreiben seit Jahren ein großes Umerziehungsprogramm, um eine komplett andere Gesellschaft zu formen – Zwangsbeglückung, wie ich

das nenne. Männer und Frauen sind jetzt austauschbare Geschlechter, die – nach EKD-Genderbeauftragter – mit 4.000 weiteren Geschlechtern konkurrieren. Man behauptet, bunte Vielfalt zu wollen, doch in Wirklichkeit betreiben insbesondere Grüne und Linke (früher SED) aber zunehmend auch die traditionsreiche ehemalige Volkspartei SPD eine Umgestaltung, an deren Ende wir dieses Land nicht mehr wiedererkennen werden. Das ist an vielen Stellen für jeden deutlich erkennbar. Individualität ist nichts mehr wert, alles wird mit dem Rasenmäher glattgebügelt. Und wenn es Ungleichheiten gibt, dann sind es auf jeden Fall im Zweifel die Männer, die benachteiligt werden. Oder haben Sie gehört, dass zum Beispiel reine Frauenfußballvereine, die es auch in der Frauen-Bundesliga gibt, die Gemeinnützigkeit verlieren sollen? Oder die Katholische Frauengemeinschaft? Oder die Frauen Union?

Wir erleben in diesen Zeiten die Auferstehung eines Sozialismus, den wir in der Vergangenheit abgehakt hatten. Doch nun kriechen die linken Zombies allorten aus ihren moderigen Gräbern und blasen zum Großangriff auf die offene und freie Gesellschaft. Ideologen, die überzeugt sind, sie wüssten besser, was gut für uns ist als wir selbst es meinen.

Der Vorschlag von Scholz ist unausgegoren und rein ideologisch begründet. Frauen und Männer haben das Recht, sich zu organisieren und miteinander Dinge – die einem gesellschaftlichen Nutzen dienen – unter sich zu klären. Dies ist ein freies Land, verdammt noch mal. Haltet Euch raus, wenn wir uns engagieren wollen – als Männer oder als Frauen.

GASTSPIEL MARTIN D. WIND: Der Bischof und der Terrorist

Wir leben in einer Zeit, in der zu beobachten ist, dass vieles, was geschieht oder gesagt wird, massiv verdreht wird. Diese „Perversion“, diese Verdrehung der Realität wird meistens dazu missbraucht, andere für vermeintlich Getanes oder Gesagtes massiv zu kritisieren. Gleichzeitig dient diese Unwahrheit sehr oft dazu, die kritisierte Schlechtigkeit dazu zu instrumentalisieren, sich selbst zu überhöhen. Diese abstoßende Tendenz des instrumentalisierenden Umgangs mit der Realität, mit der Wahrheit und der Wahrhaftigkeit, ist schon in der Politik kaum zu ertragen. Umso unerträglicher wird dieses schlechte Benehmen, wenn ein Bischof der Kirche sich solcher „Instrumente“ bedient.

Ein anschauliches Beispiel für ein solch abstoßendes Agitieren liefert derzeit der Bischof von Mainz, Peter Kohlgraf, in seiner Funktion als Präsident der deutschen Sektion von *Pax Christi*. Pax Christi ist unter anderem dadurch bekannt, dass es im Umgang mit Israel Positionen bezieht, die inhalts- und wirkungsgleich mit der als antisemitisch eingestuften, juden- und israelfeindlichen „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“ (BDS) Kampagne sind. Nun hat sich Kohlgraf gegenüber der überregionalen Wochenzeitung „Die Tagespost“ (DT) zum Tode des international gesuchten Terroristen Ibrahim Awad Ibrahim al-Badri, besser bekannt als „Abu Bakr al-Baghdadi“, geäußert. Laut DT hat

Kohlgraf eine Position seines Vorgängers im Amte bekräftigt und so die „gezielte Tötung von Personen kritisiert, die des Terrorismus beschuldigt werden, statt sie nach Gefangennahme einem rechtsstaatlichen Verfahren zu übergeben.“

Zwar übersieht Kohlgraf nicht, dass der selbsternannte Kalif und Chef des radikal-muslimischen „Islamischen Staates“ (IS) sich während eines Festnahmeversuchs selbst mit einer Sprengladung in die Luft gejagt hat und dabei auch noch zwei seiner Kinder mit in den Tod zwang, dennoch kritisiert er die Sicherheitskräfte und die dahinter stehenden Regierungen: „Auch wenn Abu Bakr al-Baghdadi angesichts der militärischen Gegner selbst den Tod gewählt hat, kann ein solches Ende der Verfolgung nicht als Erfolg gewertet werden.“ Die Zielrichtung seiner Kritik bleibt trotz dieser Einsicht beständig gegen jene gerichtet, die den Terroristen festnehmen und einem rechtsstaatlichen Verfahren ausliefern wollten. Was also will Kohlgraf eigentlich?

Das wird im zweiten Teil des Artikels in der DT deutlich. Das eigentliche Ziel der wohlfeilen Kritik ist wohl der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Donald Trump. Trumps Art der Bekanntgabe des feigen Selbstmordes des Massenschlächters und die Beurteilung der Höllenfahrt des Sklavenhalters als „Sicherheitsgewinn“, scheint Kohlgraf nicht zu gefallen. Dazu ist er sich als „Christ“ zu fein. Ja, als Christ sollte man den Tod eines Menschen nicht „feiern“. Was aber an der Einordnung des erweiterten Selbstmord eines feigen Gewalttäters als „als großen Sieg im Kampf gegen den Terror“, den Bischof zu folgendem Urteil hinreißt, erschließt sich in keiner Weise: „Einen Toten derart mit Häme und Spott zu überschütten, ist durch nichts zu rechtfertigen.“

Es bleibt festzuhalten: Der Terrorist hat sich durch seine erweiterte SELBSTtötung – er zwang zwei seiner Kinder mit in den Tod – der Festnahme und einem Rechtsstaatsverfahren entzogen. Daraus jetzt den Sicherheitskräften einen Vorwurf zu machen, ist infam. Was soll damit erreicht werden? Meint der Bischof, er werde mit einer solchen Beurteilung als „guter Mensch“ wahrgenommen? Dieser Terrorist, der hunderttausendfachen Mord, Verstümmelungen, Schmerzen, Vergewaltigungen und Sklaverei sowie Völkermord an den Jesiden und Vertreibung der Christen zu verantworten hat, ist durch das Schwert ums Leben gekommen, das er selbst aus eigenem, freien Willen in die Hand genommen hatte. Dafür andere zu kritisieren lässt zwei Schlüsse zu: Entweder dient die Kritik recht stümperhaft kaschiert nur dem Ziel, Trump in ein schlechtes Licht zu rücken (was weder eines besonderen Mutes noch großer Anstrengung bedarf) oder damit will sich jemand selbst erhöhen. Und das ist nun auch keine christliche Tugend, Herr Bischof